

Krise führt zu echter Währungsunion

Der Euro erhält eine festere Grundlage – und die soll auch die EU zusammenschweißen

MT 31.12.11 S29

Von Giorgio Tzimurtas

Brüssel/Oldenburger Münsterland – Bekannt und beunruhigend zugleich ist sie, die Kluft zwischen Brüssel und den EU-Bürgern. Überbordende Bürokratie, zuviel Bevormundung, komplizierte Beschlüsse – gängige Beurteilungen unter Bundesbürgern. 2011 erreichte die Europa-Skepsis einen neuen Höhepunkt. Denn: Die Schulden-Krisen der südlichen EU-Staaten von Portugal bis Griechenland brachte nicht nur verbreitete Zweifel in der Bevölkerung an der gemeinsamen Währung auf, sondern am gesamten Projekt Europa.

Kanzlerin Angela Merkel (CDU) hat sich deshalb angewöhnt, in dramatischen Slogans ihre Botschaften zu vermitteln. Eindringlich und auf den Zusammenhalt ausgerichtet sollen die formelhaften Sätze sein. Sprach sie im Jahr zuvor unermüdlich von der „alternativlosen Rettung Griechenlands“, musste sie 2011 die Dimension steigern. „Scheitert der Euro, dann scheitert Europa“, mahnte Merkel immer wieder.

Ein Bekenntnis und SOS-Ruf im selben Atemzug. Doch: Es hat sich viel bewegt. Die Euro-Rettungsschirme EFSF und sein Nachfolger ESM wurden aufgestockt und ausgebaut. Sechs



Symbolischer Zufall: SOS-Zeichen an einer Notrufsäule vor dem Euro-Zeichen der Europäischen Zentralbank (EZB) in Frankfurt am Main. Foto: dpa

neue EU-Gesetze (Six Pack) verschärfen den Stabilitätspakt, Banken müssen mehr Eigenkapital aufweisen, um in Krisensituationen nicht mehr so leicht ins Straucheln zu geraten. Und: Eine EU-Ratingagentur ist in Sichtweite – sie soll vor dem verheerenden Einfluss der Negativ-Bewertungen US-amerikanischer Institute schützen.

Allerdings: Zögerlich statt beherzt wirkten die Regierungs- und Staatschefs der EU. Auch

die Kommission glänzte nicht als Antreiber. Erst am 8. und 9. Dezember kamen die wesentlichen Einigungen zustande, über die der Vechtaer EU-Abgeordnete Hans-Peter Mayer (CDU) sagt: „Es geht in Richtung fiskal-politischer Pakt.“

Großbritannien ist zwar nicht dabei. Doch: Obwohl es sich deshalb zunächst nur um Verträge unter den anderen 26 EU-Staaten handelt, sind das Europäische Parlament, die Kommis-

sion und der Europäische Gerichtshof miteinbezogen. Die Richtung ist klar: Konnte der Euro angesichts seiner Konstruktionsfehler zuvor lediglich als gemeinsames Geld von 17 EU-Staaten gelten, so erklärt Mayer über die Zukunft: „Wir sind auf dem Weg zu einer echten Währungsunion.“ Bewährt sie sich, dürfte auch die politische Union vorankommen – möglicherweise unter dem Beifall der Bürger.